

Sächsischen Helmat als landwirtschaftlicher Führer bekannt und durch seine Verdienste um die Begründung des landwirtschaftlichen Creditvereins und durch den langjährigen Vorsitz des landwirtschaftlichen Kreisvereins, so wurde auch der Jubilar schon mit jungen Jahren zum Mitgliede des Direktoriums des landwirtschaftlichen Creditvereins gewählt, und übernahm nach Ableben seines Vaters 1885 den Vorsitz dieses Direktoriums. Im selben Jahre begann auch seine politische Tätigkeit. Er wurde Mitglied der 2. Kammer der sächsischen Ständeverammlung, der er von 1900 an als Präsident bis 1909 angehört hat, wo er durch den König von Sachsen in die erste Kammer der Ständeverammlung berufen wurde. Im Jahre 1909 entfaltete ihn der 11. Wahlkreis in den Landeskulturrat, dessen Vorsitzender er seit 1919 ist, nachdem er bereits seit 1903 das Amt des stellv. Vorsitzenden bekleidet hat. Seit 1902 gehört Erz. Mehnert dem Deutschen Landwirtschaftsrat an und ist seit 1903 dessen 2. Vizepräsident. Während des Krieges hat sich der Jubilar besondere Verdienste um die Kriegswirtschaft erworben. Gleich 1914 übernahm er den Vorsitz der Zentralstelle zur Beschaffung der Seereservepflanzung und später dazu die Leitung der Reichsfuttermittelstelle. Als sich dann die Landwirtschaft im Kriegsausbruch der deutschen Landwirtschaft freiwillig zusammenschloß, wurde er zu dessen Vorsitzenden gewählt und ist nach Ueberführung des Kriegsaussschusses in den Reichsaussschuß der Deutschen Landwirtschaft als Vorsitzender geblieben. In dieser Stellung hat er wesentlich daran mitgewirkt, die deutsche Landwirtschaft auf die große einheitliche Linie zu bringen, die schließlich in dem Beschluß des Hilfswerkes der deutschen Landwirtschaft vom 15. Dezember 1921 ihren Ausdruck gefunden hat.

Blutgerichtsverda. Am Stadigut hantierte der 15 jährige Sohn des Glasmachers Weiß mit einem schubereiften Tefching. Auf sein Anlegen flohen die um ihn versammelten Kinder, dabei traf eine 6-Millimeter-Kugel den 10 jährigen Herbert Grünberg unterhalb des Herzens in die Lunge und verletzte ihn schwer.

Grimma. Bei einem am Freitag abend über die hiesige Gegend ziehenden heftigen Gewitter traf ein Blitzstrahl die Hohnstädter Kirche; doch erwies sich der Blitzableiter als guter Schutz. Nur die Erde am Endpunkt der Leitung wurde in die Höhe geworfen und von einem abspringenden Funken ein hölzerner Gartenzaun in der Nähe in Brand gesetzt.

Nachdem die Stadt Grimma im Jahre 1921 mit Staatszuschüssen 4 Kleinhäuser errichtet hat, bewilligten die Stadtverordneten auf Antrag des Rates ein Berechnungsgeld von vorläufig 1 Million Mark zum Bau von zwei 4-Familien-Wohnhäusern. Mit dem Geld sollen sofort Baustoffe gesichert werden, insbesondere soll mit den Staatsfortstevieren wegen Ueberlassung von Bauholz in Verbindung getreten werden.

Chemnitz. Das im 17. Jahrgang hier erscheinende „Chemnitzer Stadtblatt und Vorort-Anzeiger“, welches seit Bestehen in der Peißchen Buchdruckerei hergestellt wurde, hatte mit Ende April d. J. sein Erscheinen eingestellt, und zwar nur, wie der Verlag bekannt gibt, infolge der ungeheuren Steigerung der Druckpapierpreise und sonstigen geradezu bedrückend steigenden enorm hohen Ausgaben, die nicht im Verhältnis zu den geringen Einnahmen stehen. — Gleichfalls das Erscheinen eingestellt hat das Fachblatt „Die Krankenpflege-Rundschau“, Organ des Verbandes der Krankenpflege- und Badepersonalis (Sitz Leipzig).

Glauchau. Welche Preissteigerung landwirtschaftliche Grundstücke erzielen, erhellt aus dem Verkauf des Hermann Burkhardt'schen Guts im benachbarten Jerisa, das für 420 000 M. in den Besitz eines Ausländers überging. Das Gut ist nur 14 Hektar groß.

Planen i. V. Ein Kaufmann pflegte, wenn er abends ausging, seinen Hund in seiner Wohnung einzuschließen. Das Tier wuschelte und klaffte dann oft stundenlang und störte die Nachbarhaft in der Nachtruhe. Besonders fühlte sich ein herzkranker und nervöser Hausgenosse durch das klägliche, andauernde Klaffen und Winseln schwer belästigt. Das Schöffengericht verurteilte den rüchichtslosen Hundebesitzer wegen Verursachung der Ruhestörung zu 300 Mark Geldstrafe.

Auf dem toten Punkt.

Die Konferenz ist allem Anschein nach hoffnungslos festgefahren. Alle Bemühungen Lloyd Georges, die Verhandlungen vorwärts zu treiben und doch noch irgend ein greifbares Ergebnis zu erzielen, sind umsonst. Die französische Sabotagepolitik hat gut gearbeitet. Die Genueiser Räder stehen still, die Konferenz ist auf dem toten Punkt angelangt. Von all den wichtigen Fragen und Problemen, mit denen sich die Konferenz ursprünglich beschäftigen sollte, waren zuletzt noch zwei große Aufgaben übrig geblieben, die noch ihrer Lösung harren: Der zehnjährige Gottesfriede, wie Lloyd George seinen Lieblingsplan, den europäischen Friedenspakt genannt hat, und das Abkommen mit den Russen. In beiden Fragen ist man bisher noch keinen Schritt weiter gekommen.

Gleich nachdem Lloyd George mit seinem Friedensvorschlag auf den Plan trat, setzte die französische Gegenbewegung ein. Poincaré gab in Bar-le-Duc das Signal, indem er für Frankreich die Politik der ganzerten Faust proklamierte und eigenmächtiges Vorgehen gegen Deutschland ankündigte. Diese Drohungen gaben dem englischen Premierminister Veranlassung, vor jeder weiteren Erörterung des Gottesfriedens erst die Sanktionsfrage zu klären und darüber hinaus das gesamte Reparationsproblem zur Debatte zu stellen, und zwar sollen die Unterzeichner des Versailler Vertrages — Deutschland ausgenommen — zu diesem Zwecke in Genua oder an einem kleineren Ort der Riviera unweit Genua zusammenkommen. Poincaré jedoch will von alledem nichts wissen und lehnt eine Diskussion über die Sanktionen vor dem 31. Mai ab, von einer Besprechung der Reparationsfrage gar nicht zu reden. So ist von der Konferenz kaum noch etwas zu erwarten, das dem Frieden Europas förderlich wäre.

Nicht anders steht es mit der russischen Frage.

Nach langwierigen Verhandlungen mit den Russen und unter sich selbst haben die Alliierten ihre Forderungen an Rußland in einer Denkschrift festgelegt, da haben die Russen durch einen unerwarteten Vorstoß die ganze Arbeit wieder über den Haufen geworfen. In einem Briefe an den Leiter der Konferenz de Facto droht die russische Delegation, daß sie ihre entgegenkommenden Vorschläge fallen lassen werde, wenn diese nicht von den Alliierten zur Grundlage der Verhandlungen gemacht werden. Tschitscherins Vorstoß ist wohl in der Hauptsache deshalb erfolgt, weil das zwischen Frankreich und England sich herausbildende Kompromiß, das den Russen als Memorandum vorgelegt werden sollte, Rußland nichts Annehmbares bietet. Die Alliierten haben nun ihrerseits von den Russen Ausklärungen über ihre Drohungen gefordert. So vergeht die Zeit mit dauerndem Rotenwechsel, während man mit den eigentlichen Arbeiten nicht vom Flecke kommt.

Die Situation wird noch verschärft durch die Reise Barthous nach Paris, wo er dem Kabinett und dem Parlament über die Verhandlungen in Genua Rede und Antwort stehen soll. Offenbar hat die französische Regierung die Absicht, ihre Beschlussfassung von der Entscheidung der Kammer abhängig zu machen. Bis dahin sind die Arbeiten der Konferenz tatsächlich lahmgelegt. Poincaré triumphiert...

Frankreich und Rußland.

Note Tschitscherins an Barthou.
Trotzdem die russische wie die deutsche Delegation mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt haben, daß der deutsch-russische Vertrag keinerlei geheime Bündnisparagrafen enthalte, wird diese Behauptung von der französischen Presse aufrecht erhalten und zu schärfsten Angriffen gegen Deutschland und Rußland ausgenutzt. Im Interesse der Wahrheit und um jedes Mißverständnis, das gegen die russische Politik aufkommen könnte, zu beseitigen, tritt der Führer der russischen Delegation Tschitscherin in einem Schreiben an den Präsidenten der französischen Abordnung Barthou diesem Gerücht nochmals mit größtem Nachdruck entgegen.

„Die russische Delegation erklärt, — so heißt es in dem Schreiben. — „in kategorischer Form, daß das Abkommen von Rapallo keine geheimen militärischen oder politischen Klauseln enthält und daß die russische Regierung sich zu keinen Handlungen gegen die Interessen des französischen Volkes oder irgend welcher anderen Nation verpflichtet hat. Das Abkommen von Rapallo hat nur zum Ziele, die Liquidation der schwebenden Angelegenheiten zwischen zwei Staaten, die miteinander Krieg geführt haben und die die Notwendigkeit einsehen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern im eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Menschheit wiederherzustellen.“

Das Schreiben ist in entgegenkommendem, verständlichem Geiste gehalten und bestätigt die selbige Erklärung, die bereits vor einigen Tagen der deutsche Reichskanzler entgegen gewissen Verdächtigungen über den Inhalt und den friedlichen Charakter des Vertrages abgegeben hat.

Barthous Antwort.

Der Brief Tschitscherins ist sofort von Barthou, der seine Pariser Note infolge der russischen Schwereigkeiten verschoben hat, beantwortet worden. Der Chef der französischen Delegation erklärt, daß er der Brief noch am Sonntag abend an Poincaré weitergeleitet habe und daß er die Aufrichtigkeit dieses Schreibens nicht anzweifelte. Frankreich fühle gegenüber dem ehemals russischen Verbündeten treue Freundschaft. (?)

Der russisch-polnische Konflikt.

Der Führer der russischen Delegation Tschitscherin richtete an den Führer der polnischen Delegation Skirmunt einen Brief, in dem er der polnischen Auffassung über das Protokoll von Riga entgegentritt. Die Haltung Polens erleichtere nicht die Wiederaufnahme Rußlands und bedeute eine Vergeßung der Bestimmungen des Protokolls. Die Note weist nochmals den Anspruch Polens auf „gewisser anderer Staaten“, Klauseln der von Rußland geschlossenen Verträge aufzuheben, zurück und betont, daß sich Polen im Gegensatz zu dem Vertrag von Riga setze, wenn es den lebenswichtigen Interessen Rußlands entgegenarbeite. Nach vollkommener Ablehnung der polnischen „Deutungen“ verharret die russische Delegation auf ihrem Standpunkt, daß Polen infolge des Vertrages von Riga in der politischen Kommission nichts mehr zu suchen habe.

Päpstliche Friedensfundgebung.

Ein Friedensappell an die Konferenzmächte.

Nachdem Papst Pius XI. bereits bei Eröffnung der Genuakonferenz in einem Schreiben an den Erzbischof von Genua auf die hohe Bedeutung der Konferenz für die Wiederherstellung des Friedens hingewiesen hatte, richtet er jetzt in dem freischiffen Punkt wo die Arbeiten der Konferenz zu einem völligen Stillstand zu kommen drohen, eine neue Friedensfundgebung an die Völker Europas.

In einem Briefe an den Kardinalstaatssekretär Gasparri drückt der Papst den lebhaftesten Wunsch aus, in der ganzen Welt einen wahren Frieden wiederhergestellt zu sehen, der in der Versöhnung der Geister und nicht bloß in der Abstonnahme vor Feindseligkeiten bestehe. Er könne nicht seine innigste Wengtung darüber verbergen, dank dem „guten Willen aller die starken Hindernisse beseitigt zu sehen die anfänglich die Möglichkeit eines allgemeinen Einverständnisses zu entfernen schienen. Die Rückkehr der menschlichen Gesellschaft zu einem normalen Zustand, der in seinen Teilen im wesentlichen mit der Befehlen der Vernunft übereinstimme, und der schließlich die göttliche Ordnung sei, werde außerordentlich vorteilhaft sein für alle, für Sieger und Besiegte.

besonders für die armen Völkerschaften am äußersten Ende Europas.

Das Schreiben schließt: Bei der universellen Mission der Nächstenliebe, die dem Papst vom Heiland anvertraut sei, mögen sich alle von neuem mit christlichem Geiste und wechselseitigem Wohlwollen vereinigen in dem Bestreben, für das gemeinsame Wohl zu sorgen, welches endlich jeder Nation die besten und dauerhaftesten Vorteile wieder gewährleisten würde.

Die vatikanischen Kreise weisen darauf hin, daß der Brief des Papstes eine Warnung an Frankreich sei, Deutschland und Rußland durch Unnachgiebigkeit nicht zur Verzweiflung zu treiben. Darin liegt die Hauptbedeutung des päpstlichen Schrittes, die aber von Frankreich vielleicht verkannt würde.

Eine offizielle Erklärung Lloyd Georges.

Der neue Friedensbrief des Papstes hat seine Wirkung auf die Konferenz nicht verfehlt. Auf alle Konferenzkreise machte die päpstliche Kundgebung einen ausgezeichneten Eindruck. Lloyd George gab in einer offiziellen Erklärung seiner großen Freude über die Ausführungen hinsichtlich des Friedens in Osteuropa Ausdruck. Er ließ durch seinen Vertreter beim Vatikan seine Bewunderung ausdrücken über das Verständnis, das der Heilige Stuhl für die Lage in Osteuropa zeigt. Der Premierminister glaubt, daß eine so klare Kundgebung zugunsten des Friedens eine große Ermunterung für alle christlichen Mächte bildet.

Der Sonderberichterstatter des Lloyd George besonders nahestehenden „Daily Chronicle“ in Genua schreibt zu dem Schreiben des Papstes an den Kardinalstaatssekretär Gasparri, der Vatikan spiele auf der Genuefer Konferenz eine Rolle, die kaum weniger wichtig sei als die einer Großmacht. Er trete vollkommen für die englisch-italienische Politik der europäischen Versöhnung ein. Wenn bereits die erste Erklärung des Papstes zugunsten der Genuefer Konferenz ärgerliche Kritiken von seiten der französischen Chauvinisten hervorgerufen habe, so werde diese neue Erklärung einen noch größeren Sturm erregen. Auf jeden Fall sei die Zustimmung des Papstes zu der Politik Lloyd Georges ein Faktor, der nicht unterschätzt werden dürfe.

Politische Rundschau.

Berlin, den 3. Mai 1922.

Die Meldung, daß das Reichsverwaltungsgericht nach Stuttgart verlegt werden soll, bestätigt sich nicht. Das Reichskabinett ist sich noch nicht über diese Frage schlüssig geworden.

Die allmähliche Verringerung der deutschen Genuevdelegation. Außer dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes ist auch Reichsbankpräsident Havenstein aus Genua nach Berlin zurückgekehrt. Die Finanzkommission hat im wesentlichen ihre Arbeiten beendet, nur die Kreditfragen stehen noch zur Erörterung. Als einziges positives Ergebnis der Beratungen der Finanzkommission ist die Zusammenkunft aller Notenbanken anzusehen. Die Konferenz soll sobald wie möglich unter Führung der Bank von England stattfinden. Voraussichtlich wird ein Teil der deutschen Delegation und der ihr zugeteilten Sachverständigen in den nächsten Tagen nach Deutschland zurückkehren und in allmählicher Abbau der deutschen Vertretung in Genua durchgeführt werden.

Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien wird dem Reichstage und dem polnischen Sejm vorgelegt werden. Da es sich um recht umfangreiches Vertragswerk handelt, wird der Auswärtige Ausschuß zu seiner Vorberatung einberufen werden, sobald das Abkommen dem Reichstage zugegangen sein wird. Der Ausschuß sollte ursprünglich bereits Ende der Woche zusammenzutreten, doch ist dies wieder zweifelhaft geworden, da augenblicklich die Redaktionsarbeit noch nicht abgeschlossen ist. Die Besetzung Oberschlesiens durch die deutschen bzw. polnischen Behörden soll in Etappen stattfinden, bereits am 15. Mai beginnen und am 15. Juni beendet sein. Innerhalb dieser Zeit soll auch der Abtransport der interalliierten Befragungen erfolgen.

Polnischer Stimmensang in den Reichstagskammern. Ein typischer Fall polnischen Stimmenschwachs wird aus den fünf Reichstagskammern gemeldet, die nach der Entscheidung der Alliierten von Deutschland losgerissen und den Polen ausgeliefert werden sollen. Wie die „Weichselzeitung“ in Marienwerder meldet, berichten polnische, aber deutsch gesinnte Arbeiter, daß in den letzten Tagen des April zwei Listen, eine polnische und eine deutsche, dem Gemeindevorsteher in Johannedorf von der Grenzkommission zugegangen sind, in die sich die Bewohner der fünf von Polen besetzten Ortschaften je nach ihren Wünschen für oder gegen Polen eintragen lassen sollten. Arbeitern wurden 10 000 Mark geboten, wenn sie Stimmen für Polen sammeln; darauf ist aber keiner eingegangen. Der Gemeindevorsteher Biontel und der Standesbeamte Czeka aus Johannedorf haben darauf erklärt: „Wenn ihr die Unterschriften nicht sammeln wollt, werden wir uns die Unterschriften selbst besorgen.“ Für die polnischen Listen haben sich insgesamt nur acht Personen gefunden. Infolgedessen hat man davon abgesehen, die deutsche Liste herumgehen zu lassen, weil das Ergebnis für Deutschland von vorn herein feststand.

Die Untersuchung gegen Minister Hermes. Im Untersuchungsausschuß des Reichstages wurde über die Weinforderungen des Triererischen Winzerverbandes an den Minister Hermes verhandelt. Der Berichterstatter Abg. Semmler (Dnall.) stellte auf Grund der Akten fest, daß Minister Hermes in einzelnen Fällen vom Trierer Winzerverband im Frühjahr 1920 und 1921 Wein bezogen habe zu einem Preise, der den damaligen Verkaufspreisen gegenüber als gering bezeichnet werden muß. Es sei an den genannten Werdn Buder zur Verbesserung der Weine geliefert worden. Wegen dieser Tatsachen seien die Vorwürfe einer ehrenrührigen Handlung und des Mißbrauchs der Dienstgewalt erhoben worden. Der Untersuchungsaus-

